

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Geschäfts-
Verwaltung
Johannstadt 33.
Besprechungen der Redaction:
Dienstag 10-12 Uhr.
Mittwoch 4-6 Uhr.

Die für die nächste Nummer bestimmten
Artikel an Wochentagen bis
1 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Feiertagen früh bis 1/2 9 Uhr.

Die für die nächste Nummer bestimmten
Artikel an Wochentagen bis
1 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Feiertagen früh bis 1/2 9 Uhr.
In den Fällen für Inf. Anhang:
Die Klein. Anhangsblätter 22.
Sonderblätter, Katharinenstr. 18, u.
nur bis 1/2 3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftverkehr.

Auflage 15,850.

Abonnementspreis viertel 4/2, 3/4
incl. Frangirlos 5 1/2, 4 1/2
durch die Post bezogen 6 1/2, 5 1/2
Jede einzelne Nummer 25 Pf
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbeförderung 30 Pf
mit Postbeförderung 45 Pf
Inserate 50 Pf. Zeitungs 30 Pf
Größere Schriften laut mehren
Veränderungen. — Tabellarische
Sach nach höheren Tarif.
Anzeigen unter dem Redactionstempel:
die Spalten 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Abhatt wird mit
gegeben. Zahlung pro numerum
oder durch Postnachschuß.

№ 117.

Sonntag den 27. April 1879.

73. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Auf Grund des §. 36 des Bankgesetzes vom 14. März 1875 (Reichsgesetzblatt Seite 177) hat der Bundesrath beschlossen, daß in der Stadt Danzig eine Reichsbankhauptstelle zu errichten sei. Diefelbe tritt vom 1. Mai d. J. ab an die Stelle der bisherigen Reichsbankstelle daselbst mit den gleichen geschäftlichen Befugnissen und dem gleichen Geschäftsbereiche und wird von deren bisherigem Vorstande geleitet.
Der Reichskassirer
v. Bismarck.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von gußeisernen Baumgittern ist vergeben. Die nicht berücksichtigten Submittenten werden daher ihrer Gebote entlassen.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Richter.

Bekanntmachung.

Herrn Dr. Eitner d. i. Sonntag den 26. Mai c., als dem Todestage des Herrn Eitner Fränkel soll die Hälfte der Rinsen der Eitner und Eitner Fränkel-Stiftung an einen würdigen, nicht durch eigene Schuld befangen gewordenen, in Leipzig wohnhaften älteren, womöglich über 60 Jahre alten Mann, ohne Unterschied der Confession, des Berufs u. s. w. vergeben werden.
Wir fordern geehrte Bewerber hierdurch auf, ihre Gesuche bis zum 10. Mai c. bei uns einzureichen.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Richter.

Bekanntmachung.

Die bei dem unterzeichneten Rentamte vacante Copistenstelle ist besetzt. Die verschiedenen Gesuchen dringlichsten Originalzeugnisse können daselbst wieder in Empfang genommen werden.
Universitäts-Rentamt.
Graß.

Nach den Ferien.

H. V. f. S. Die Reichstagsferien sind zu Ende, und aus allen Theilen Deutschlands kehren die Reichstagsmitglieder nach Berlin zurück, um, neu gestärkt durch die Erholung, noch mehr aber durch die inzwischen gemessene Fühlung mit ihren Wählern, ihre Arbeiten wieder aufzunehmen. Die Aufgaben, die ihnen harren, überbieten an Ernst und Schwierigkeit Alles, was bisher den Reichstag beschäftigt hat, und die Spannung, mit der man die Lösung dieser Aufgaben entgegenzuseht, geht selbst noch über diejenige hinaus, mit der man seinen Zeit den Debatten über die Reichsverfassung, den Militärretat, den Kirchenkampf, die Justizreform, die Socialistenfrage folgte. Denn noch weit mehr als durch politische, rechtliche und sociale Fragen werden die Lebendigkeiten erregt, wenn es sich um wirtschaftliche Fragen handelt, wenn es sich handelt nicht bloß um die finanzielle Existenz des Reiches und um den Steuerfuß, sondern auch um die Lebensinteressen von Industrie und Handel, um das Emporkommen oder Bestehen ganzer großer Erwerbszweige, um den Bestand eines jeden einzelnen Bürgers, ja um die Preise von Brod und Fleisch.

Wir haben die Frage: Freihandel oder Schutzzoll? für die uns nächststehenden reichlichen und freimüthigen Parteien stets als eine offene betrachtet, weil wir der Meinung waren, daß wirtschaftliche Interessenfragen, die in diesem Jahre so, in einem anderen wieder anders beantwortet werden können, viel zu wechselvoll und schwankend sind, als daß sie politischen Parteipressionen zur Grundlage, zum festen Maßstab dienen könnten. Wir halten auch heute noch an dieser Ueberzeugung fest, die ja auch durch die Thatfache bestätigt wird, daß es weder in den conservativen Reihen an Freihändlern, noch in den liberalen an Schutzzöllnern fehlt. Es liegt uns daher an dieser Stelle fern, angefaßt der im Reichstage bevorstehenden Entscheidungen zu den eigentlichen Rollfragen Stellung zu nehmen. Diese treten jedoch in Verbindung mit gewissen anderen Fragen auf, die einen ausgeprägten politischen Charakter haben und allerdings in den Bereich unserer Besprechung gehören.

Bei dem vom Fürsten Bismarck auf Tapet gebrachten Zoll- und Steuerplänen steht nicht etwa bloß eine Reform der Handelspolitik, sondern zugleich eine Reform der Finanzpolitik in Frage. In Betreff der letzteren bestehen innerhalb der Parteien, namentlich aber auch innerhalb der national-liberalen Partei verschiedene Meinungen; in Betreff der letzteren aber giebt es weder innerhalb der Partei, noch zwischen dieser und der Regierung einen tiefer gehenden Zwiespalt. Wir sind mit der Regierung in dem Bestreben einig, die Matricularbeiträge durch neue zu ersetzende indirecte Steuerquellen abzulösen und dadurch nicht nur die Einzelstaaten zu erleichtern, sondern auch das Reich finanziell selbstständig zu machen. Als nationale Partei können wir die innere Festigung, die unfernen nationalen Gemeinwesen aus einer solchen Reform erwachsen würde, nur mit freudigen begrüßen. Als liberale Partei werden wir aber freilich auch darüber zu machen haben, daß das Steuerbewilligungsrecht des Reichstags, welches seither in der regelmäßigen Beschaffenheit über die Höhe der zu ergebenden Matricularbeiträge zum Ausdruck und zur Geltung kam, sich nicht mit den Matricularbeiträgen

zugleich verliere, daß es auf irgend eine andere Art sicher gestellt werde. Die Liberalen können sich nicht damit begnügen, Gewißheit darüber zu erlangen, daß die Entlastung, welche die Abschaffung der Matricularbeiträge den Einzelstaaten bringen würde, auch wirklich den Steuerzahlern der letzteren zu Gute komme; sie müssen auch dafür sorgen, daß das Einnahmewilligungsrecht des Reichstags nicht vollständig in die Hände gehe, und daß würde unsehbar geschehen, wenn die Matricularbeiträge, die bisher als jährliche Handhabe zur Ausübung dieses Willigungsrechtes boten, vollständig und ohne irgend welchen Ersatz durch ein anderes Bewilligungsobject befreit werden sollten. Offizielle Stimmen lassen neuerdings durchsichtigen, daß es mit den „constitutionellen Garantien“ in der erwähnten Richtung (in den Einzelstaaten) sein Bemühen haben kann, daß es dem Reichstage gegenüber solcher Garantien nicht bedürfe. Es ist dringend zu wünschen, daß die Regierung, wenn sie wirklich diesen Standpunkt einnehmen sollte, baldigst davon zurückkomme; denn die liberalen Parteien, ja die Mehrheit des Reichstags überhaupt könnte sie nicht nimmer in die Preisgebung eines der wichtigsten parlamentarischen Rechte willigen. Eine Einigung über die Finanzreform wird auf dem angegebenen Wege zu erzielen sein, aber auch nur auf diesem Wege; wenn daher an dem Zustandekommen der Reform liegt, der wir nicht abgeben, daß die sich hier ausführende Meinungsverschiedenheit im Geiste der Verfassung, im Sinne des parlamentarischen Rechtes ausgeglichen werde.

Was die dem Reiche neu zu eröffnenden Steuerquellen betrifft, so ist auch hierüber eine Verständigung zu wünschen und zu hoffen. Der Tabak steht dabei nach wie vor in vorderster Reihe, sowohl für die Regierung wie für die national-liberale Partei. Nur in Bezug auf die Höhe der Tabaksteuer und die Art ihrer Einführung wird die Regierung noch ein gut Stück Weges den Liberalen entgegenkommen müssen; denn die letzteren wollen unter keinen Umständen dem Tabakmonopol, d. h. dem Reine eines großen nationalen Industrie- und Handelszweiges, dem Untergange jährlicher Existenz, die Wege bahnen, und sie werden daher die dem Monopol zurechnenden hohen Zollsätze der Regierung nach Möglichkeit beschneiden und aus dem gleichen Grunde die vorgeschlagene Steuergebühren, vielleicht auch die Nachsteuer bekämpfen müssen. Auch wird bei der Bestimmung der Höhe der Tabaksteuer der mutmaßliche finanzielle Ertrag der etwa zu bewilligenden Schutzzölle nicht außer Acht gelassen werden dürfen; denn so notwendig es ist, der Regierung die erforderlichen Steuern zu bewilligen, so verwerflich würde es sein, ihr mehr zu gewähren und dem Volke mehr aufzuladen, als nöthig ist.

Aber auch der Zolltarif selbst hat neben seiner wirtschaftspolitischen auch eine sociale Seite; es ist diejenige, die sich auf den Stand der Landwirtschaft bezieht, d. h. auf die Zollbelastung der wichtigsten Lebensmittel. Daß diese notwendig zu einer Verbesserung führen müsse, bestritt die Regierung, aber auch sie muß die Möglichkeit einer Verbesserung zugeben. Schon im Hinblick auf diese Möglichkeit sollen alle, die den socialen Frieden lieben und nicht Wasser auf die Mühle der Socialdemokratie gießen wollen, diesem Theil des Tarifs entschieden entgegenzutreten.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 26. April.

Ueber das Werden und Wachsen des neugegründeten Arbeiter-Bereins „Concordia“ schreibt uns unser „Correspondent“ aus Berlin vom Freitag: „In Folge unserer letzten Mittheilungen über den neuen, zur Beförderung des Wohles der Arbeiter gegründeten Arbeiter-Berein „Concordia“ sind zahlreiche Anfragen an den Verein gerichtet worden, welche sich insbesondere auf die Art der Bethätigung und die Abhaltung der constituirenden Generalversammlung beziehen. Hinsichtlich dieser Anfragen wird uns mitgetheilt, daß eine Reihe der hervorragendsten industriellen Firmen aus allen Theilen des Vaterlandes ihre Bethätigung erklärt und entsprechende Jahresbeiträge zugesandt hat, die, mit 5 Mark, dem statutenmäßigen Minimalbetrage, beginnend, bis auf 25 Mark, aber auch 50 Mark, 100 Mark und mehr betragen. Aber hierzu beschränkt sich die Theilnahme nicht, da auch mittlere und kleinere Fabrik- und Geschäftsinhaber beigetreten sind und zu diesen noch eine entsprechende Anzahl patriotisch gesinnter Männer aus allen Berufsständen kommt, die, ohne im directen Zusammenhang mit der Industrie zu stehen, auf diese Weise ihr Interesse für wohlgeordnete humanitäre Beziehungen und für Abnahme besserer socialer Verhältnisse zwischen Reich und Vordermittelstand betheiligen. Unter dieser Kategorie von Vereinsgenossen befinden sich Mitglieder des Reichstages, des preussischen Abgeordnetenhauses und anderer Particularvertretungen u. s. w. Es entspricht diese Theilnahme den Bedingungen des provisorischen Statuts, nach welchem der Verein die deutschen Arbeiter und alle Freunde des Arbeiterstandes umfassen soll. Aus der Thatfache, daß von 700 Mitgliedern bis jetzt eine Jahresbeitragssumme von 14000 Mark gezeichnet ist, ergibt sich eine Durchschnittsleistung von 20 Mark pro Mitglied. Wenn nach dem Mitgetheilten auch der Anfang als ein durchaus erfreulicher bezeichnet werden kann, erscheint es doch zur Übung der Vereinsaufgaben nöthig, daß der gute Zweck noch in weiteren Kreisen genährt wird. Ferner wird uns mitgetheilt, daß weitere Beitrittserklärungen von staatlichen Verwaltungs- und technischen Behörden, von Handelskammern und größeren Vereinen seit unserer letzten Mittheilung erfolgt sind. Was die Generalversammlung betrifft, so wird beabsichtigt, dieselbe womöglich im Laufe des nächsten Monats abzuhalten, doch wird die Auseraumung des Termins noch von dem Verlauf der Reichstagsverhandlungen abhängen, da auf das Erscheinen von Mitgliedern der deutschen Volkvertretung gerechnet wird. Als Ort der Versammlung ist von den verschiedensten Seiten eine möglichst im Mittelpunkte Deutschlands gelegene Stadt (wie Kassel) gewünscht worden, weil sich die Teilnehmer über ganz Deutschland erstrecken. Ort und Zeit der Versammlung werden demnach durch die öffentlichen Blätter bekannt gegeben werden.“

Zur parlamentarischen Lage wird hoch- offiziell geschrieben: „Unsere Reichstagsferien nähern sich ihrem Ende. Für die Presse hat es inzwischen keinen Waffenstillstand gegeben, im Gegentheil ist die Lebhaftigkeit des Kampfes nach dem Bekanntwerden des Tarifs-Entwurfs und seiner Motive eher noch gewachsen. Derartige Rämpfe hat jede Regierung voraussehen, welche mit größeren Reformen vorgehen beabsichtigt. Jede Reform wird einen mehr oder minder großen

Kreis von Interessen verletzen, welche, wenn kein anderes Recht, so das des Herkommens für sich haben, und je materieller die durch eine Reform bedrohten Interessen sind, um so lebhafter wird der Widerstand sein, welcher dabei geübt werden muß. Die im Reichstage bevorstehenden Verhandlungen werden einen nicht unbedeutenden Theil der zweiten Hälfte der Session in Anspruch nehmen; ist auch das voraussichtliche Endergebnis nicht zweifelhaft, so wird doch die Spannung in dieser Zeit noch erheblich wachsen. Für den Augenblick ist indes die Bemerkung am Platze, daß die Opposition im Lande und die Opposition im Reichstage in ihren Motiven weit auseinandergehen.“

Der Bundesrath wird gleichzeitig mit dem Reichstage seine regelmäßigen Arbeiten wieder aufnehmen. Schon zu Anfang der beginnenden Woche stehen wichtige Plenarsitzungen zu erwarten, welche die Entscheidung über das reichlich aufgesammelte neue Material an Vorlagen und Anträgen bringen werden; auch über die Commission zur Berathung des Eisenbahn-Südtarifgesetzes wird dann Entscheidung getroffen werden. Allem Anschein nach aber dürfte sich diese Angelegenheit ziemlich langsam entwickeln.“

Länger, als man erwartet hatte, zieht sich in Preußen die Bollendung der Personalorganisation, soweit sie sich auf die Justizverwaltung, namentlich hin. „Von den Vorschlägen“ — schreibt die N. Z. vom Freitag — „welche dem Kaiser zur Befähigung seitens der preussischen Justizverwaltung vorgelegt sind, hat die allerhöchste Sanction bisher nur derjenige erhalten, welcher die Namen der in Rußland tretenden Obergerichtsrathsmitglieder enthält. Die Ernennungen der Präsidenten der Oberlandesgerichte und der Landgerichte harren noch der kaiserlichen Unterschrift. Hinsichtlich des Oberlandesgerichts Berlin ist man in Folge des eingetretenen Todesfalls noch nicht zu einem endgültigen Entschlus gelangt. Der Justizminister hat sofort nach der beabsichtigten Entlassung des Kammergerichts-Präsidenten Dr. von Strampff den mit dessen Namen eingereichten Vorschlag zurückgehalten, so daß der Name v. Strampff diesmal gar nicht an allerhöchster Stelle vorgelegt worden ist. Das nach den Vorschlägen des Bundesrathes im Reichsjustizrat zusammengestellte Material zur Befegung des Reichsgerichts in Leipzig ist vorgelegert nach Wiesbaden abgegangen. Man nimmt unabhängigen Orts an, daß diese Vorschläge zuerst sanctionirt werden und daß unmittelbar darauf die Ernennungen der preussischen Richter höheren Ranges nachfolgen werden. Die übrigen Richtererennungen für die preussische Monarchie dürften noch geraume Zeit in Anspruch nehmen, da schon allein die Zollziehung der Tausende von Unterschriften eine zeitraubende und mühselige Arbeit bildet.“

Zu den Gesetzgebungs-Angelegenheiten, welche hinter den großen Fragen über Zoll- und Steuerreform zunächst zurücktreten dürften, gebietet die geplante Novelle zur Gewerbeordnung. Diese ganze Frage wird wohl bis zur nächsten Reichstagsession vertagt bleiben. Es wurde auch der Antrag der bayrischen Regierung bezüglich der Concessionsbeschränkungen der Pfandleihen und Rückkaufshändler gebietet. Die Angelegenheit ist Gegenstand der Erörterung zwischen den Regierungen gewesen, und bei dieser Gelegenheit hat auch ein Meinungsaustrausch über die Frage der gesetzlichen Zinsbeschränkungen stattgefunden. Zu